

periode verwirklichen lassen“ (Krueger).

Doch als er nun erfuhr, was die Projektgruppe unter Kruegers Leitung nach sieben Monaten auf 220 Seiten zu Papier gebracht hatte, schreckte Kiesinger vor einer Veröffentlichung zurück. Bisher ist die Arbeit noch nicht einmal den Ministern des Reformausschusses zugestellt worden.

Denn: In einem Mängelkatalog hatten Krueger und sein Stab den veralteten Regierungsstil ihres Auftraggebers schonungslos kritisiert. Das von fünfzehn Politikwissenschaftlern beratene Krueger-Team beanstandete vor allem:

- ▷ das „Diktat der Kompromisse“; bei der Vorbereitung der Entscheidungen werde „nur nach dem im Augenblick politisch Durchsetzbaren gefragt“, unterschiedliche Möglichkeiten würden nicht diskutiert;
- ▷ die Unfähigkeit des Kabinetts, „neben der Koordinierung entscheidende politische Impulse zu geben“;
- ▷ die Gewohnheit der Regierung, nur tagespolitische Gesichtspunkte zu diskutieren, „so daß nach außen ihre Politik als Reaktion auf Notstände und spektakuläre Ereignisse erscheine“;
- ▷ den Umstand, daß „psychologische und traditionelle Momente den Ausbau eines effizienten Führungsinstrumentariums“ verhindern hätten;
- ▷ die unzulängliche Organisation des Kanzleramts als eine bloße Häufung von Referaten; von seinen Aufgaben „der Ressortkontrolle, der politischen Planung und der Eigenverwaltung“ genüge es nur der letzteren.

Fazit der Regierungsdienker: „Die Richtlinienkompetenz ist auf dem Gebiete der Programmgestaltung kaum hervorgetreten und mehr ein Paradegeblieben.“ Das Kabinettsystem habe sich seit der Reorganisation in Preußen durch den Reformen Freiherr vom Stein (1808) nicht verändert.

Das mußte den Kanzler an eigene Erkenntnisse gemahnen. Kiesinger über Bonner Regierung und Verwaltung: „Das ist ja alles 19. Jahrhundert.“ Aber nach fast drei Jahren eigener Richtlinienbestimmung konnte der Bonner Regierungschef (CDU-Wahlparole: „Auf den Kanzler kommt es an“) aus der Studie nur entnehmen, daß es unter seiner Führung nicht sicher in die 70er Jahre gehen werde. Denn in dem Manuskript stehen auch solche Sätze:

- ▷ „Politisches Handeln der Entscheidung kann sich nicht darauf beschränken, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten und Krisenerscheinungen zu verhindern oder zu beseitigen. Die zunehmend komplexer werdende Umwelt und die Steigerung der gesellschaftlichen Anforderungen verlangen... zukunftsorientierte Entscheidungen.“
- ▷ „Die Autarkietendenzen (der Behörden) verstärken die immer wie-

der festzustellende Gefahr der Desintegration, das heißt die Gefahr, ‚eigenständig‘ vorzugehen.“

Kaum weniger brisant als die Abwertung seines Führungsstils erscheint dem Kanzler jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Vorschlag der Planer, das Kabinett von 19 auf 13 Mitglieder zu verkleinern. Empfohlen wird die Auflösung des Bundesschatzministeriums und der Ministerien für Vertriebene, für Familie und Jugend, für Gesundheitswesen, für Wohnungswesen und Städtebau, für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder. Sie liegen, so die Studie, „unter dem Standard der ausgewogenen Ministerien“. Aufgaben dieser „verlorenen Ministerien“ sollte künftig ein Ressort für soziale oder Strukturfragen übernehmen.

Kiesinger weiß, daß Ministerposten bei Koalitionsverhandlungen nach der



Kanzler-Kritiker Krueger
„Hochbrisant“

Wahl reichlich benötigt werden. Sein Staatssekretär Carstens beschwor den Planer Krueger: „Wie sollen wir das SPD oder FDP beibringen?“ Und auch die CDU/CSU verfügt über ausgeprägten Ministerreize.

An die Zeit nach der Wahl haben freilich auch Kruegers Reformen gedacht. Ihr Vorschlag: Anstelle der bisherigen parlamentarischen Staatssekretäre sollen als „Ausgleich für die geringere Zahl der Bundesminister“ künftig Staatsminister treten.

Sollten jedoch Koalitions-Notwendigkeiten dazu zwingen, „die Zahl der Bundesminister um eins oder zwei zu erhöhen“, so böte sich als Ausweg „das Institut des Bundesministeriums ohne Geschäftsbereich“ an.

Für den Vorsitzenden des Reformausschusses schmeckte das Krueger-Papier allzusehr nach Reform. Kurt Georg Kiesinger zensierte letzte Woche das Schriftstück: „Für den Wahlkampf ungeeignet.“

FDP

D'r Tünnes kütt

Walter Scheel, Schuhgröße 46, trat einem deutschen Badegast aufs Allerheiligste.

Der FDP-Chef, Anfang letzter Woche auf Wähler-Werbung in Nord- und Ostseebädern, stieß auf der ostfriesischen Insel Borkum bei einer Diskussion mit Urlaubern mit dem Fuß versehentlich an eine Strandburg. Rot vor Zorn, fuhr der Bauherr hoch: „Macht doch eure Scheißpolitik woanders. Wer macht mir denn nachher meine Strandburg heil?“

Das „Unternehmen Badehose“ des Bonner Oppositionsführers (Scheel: „Es bringt vermutlich keine Stimmen, macht aber ganz gewiß die Leute wieder auf uns aufmerksam“) war der jüngste Versuch der finanzschwachen Liberalen, mit ihrem Zehn-Millionen-Etat im Wahlkampf gegen jene hundert Millionen Mark zu bestehen, über die CDU/CSU und SPD zusammen verfügen.

Rund 20 000 Mark, die den Weltkrieg-II-Nachtjäger Scheel die Chartermaschinen für den mitfliegenden Presse-Pulk kosteten, brachten der FDP vier kostenlose Fernsehauftritte und Reportagen in fast allen deutschen Zeitungen. „Inserate gleicher Wirkung“, so errechnete FDP-Sprecher Hans-Roderich Schneider, „hätten uns Hunderttausende gekostet.“

Selbst seine Privatausgaben münzte der Rheinländer Scheel, den sonnenbadende Landsleute mit dem Ruf „D'r Tünnes kütt“ willkommen hießen, in Werbekosten um: Im Salon Konitzer in Wyk auf Föhr ließ er sich im Blitzlicht der Photographen und vor Fernsehcameras für 3,50 Mark die Haare stutzen.

Draußen vor der Tür beklatschten ihn dann 150 Schaulustige, nachdem er Scherze über seinen New Look gemacht und „weiterhin einen recht schönen Urlaub“ gewünscht hatte. Scheel: „Solche Art der Sympathie-Werbung bringt hier mehr, als wenn ich den Leuten mit FDP und Politik gekommen wäre.“

Nach dieser Devise hatte seine Partei bereits im Januar, gut fünf Monate vor den Christ- und Sozialdemokraten, ihren Bundestagswahlkampf begonnen. Die Düsseldorfer Werbeagentur „Team“ hatte der Partei, die beim Führungswechsel von Erich Mende zu Walter Scheel im Januar 1968 gleichsam auf Null war und derzeit — von ihren Demoskopern bestärkt — auf rund zwölf Prozent Stimmen hofft, mit Erfolg geraten, sich zunächst ins Gespräch zu bringen und erst dann ihr politisches Programm zu präsentieren.

Schon nach wenigen Inseraten, in denen sich die FDP als F. D. P. vorstellte und versprach, „wir schaffen die alten Zöpfe ab“, war die Partei ganz billig ins Gespräch gekommen: Die Annoncenserie kostete je tausend Le-



Strand-Wahlkämpfer Scheel (Pfeil) auf Borkum*: „Wer macht mir denn nachher meine Strandburg heil?“

ser nur 25 Mark; die gegenwärtigen CDU-Anzeigen hingegen kosten zum Beispiel je tausend Leser 300 Mark und erreichen, so ermittelten Volksbefragter im FDP-Auftrag, nicht annähernd den Aufmerksamkeitswert der Pünktchen- und Zopf-Werbung.

Auch in einer anderen Werbemethode waren die Liberalen sparsamer als die Unionschristen. Der von CDU-Sprecher Arthur Rathke als „großer Wahlkampf-Knüller“ angekündigte CDU-Tele-Dialog, bei dem ein vorher abgesprochenes Frage-und-Antwortspiel zwischen Kanzler Kiesinger und Wahlversammlungsbesuchern per Kabel-Fernsehen aus einem Studio in fünf verschiedene Städte übertragen wird, war von der Düsseldorfer Hauser-Werbung zuerst der FDP angeboten, aber von Parteigeschäftsführer Hans Friderichs abgelehnt worden.

Nach der ersten Sendung schloß sich die CDU der Friderichs-Ansicht an, daß dieser Tele-Dialog viel koste, aber wenig bringe. Die Wahlkämpfer der Union kürzten die geplanten acht Veranstaltungen auf fünf.

Bei geringeren Kosten und größerer Wirksamkeit hätte dieses Partei-Fernsehen der FDP freilich aus einem Dilemma helfen können: ihrem Mangel an Köpfen ohne alte Zöpfe.

Populär und so bekannt wie die Spitzenpolitiker der schwarz-roten Koalition ist nur Walter Scheel. Die zumindest beim jungen und linken Wahlvolk bekanntesten und attraktiven FDP-Intellektuellen Ralf Dahrendorf, Hildegard Hamm-Brücher und Werner Maihofer will das Parteipräsidium nicht allzu aktiv werden lassen. Die Präsidenten fürchten entweder, daß dieses Trio die Partei zu weit nach links steuern oder daß sie sich als potentielle Führungs-Rivalen aufbauen könnten.

Die offizielle Wahlkampfstrategie der FDP-Führung, die Parteilinie in gleich weitem Abstand zu CDU und SPD zu ziehen und sich damit beiden gleichermaßen als künftiger Koalitionspartner zu empfehlen, zwang Scheel bei seinen Polit-Disputen am Rettungsschwimmerturm auf Borkum, am Kurhaus auf Helgoland oder im „Deutschen Haus“ auf Norderney zu paritätischer Kritik an Christ- und Sozialdemokraten.

Scheel tadelte Schiller (den er in der Sache unterstützt), weil der Wirtschaftsminister im Kabinett bleibt, obwohl er Kiesingers Nichtaufwertungsentscheidung und „dessen Begründungen schriftlich und mündlich als Volksverdummung bezeichnet“. Und er tadelte Kiesinger, weil der Kanzler den gegen Kabinettsdisziplin verstoßenden Minister nicht entläßt. Außerdem warf

er dem Kanzler vor, das Volk in CDU-Inseraten zur Aufwertungsfrage zu belügen.

In der Vermögenspolitik lavierte der FDP-Chef zwischen SPD-Arbeitnehmern und CDU-Arbeitgebern: „Der Wertzuwachs des Wirtschaftsvermögens muß für eine breite Vermögensbildung mobilisiert werden, statt ihn weiterhin gänzlich den zufälligen Vorbesitzern zu überlassen.“

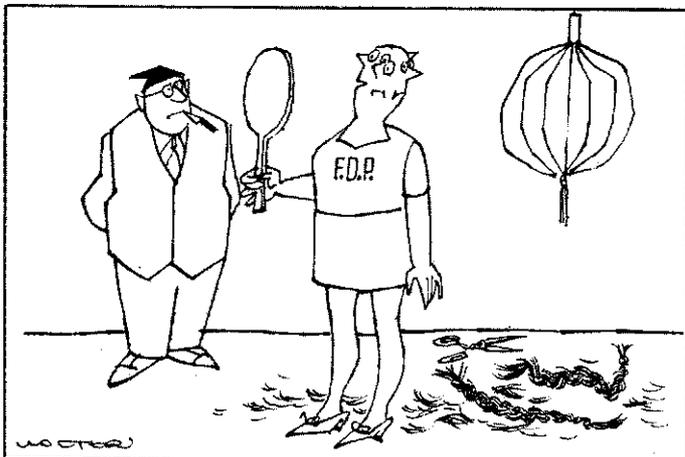
Am unverbindlichsten aber antwortete Scheel auf die Frage, welche Koalition seine Partei nach der Wahl anstrebe: „Wir werden mit dem Partner regieren, mit dem wir das Höchstmaß unserer politischen Vorstellungen durchsetzen können; reicht das Maß nicht, bleiben wir ganz gern in der Opposition.“

Was Scheel und seine Führungshelfen wirklich anstreben, wollen sie öffentlich nur durch ihren Slogan andeuten, den sie in den letzten beiden Wochen vor der Wahl auf zehn Quadratmeter großen Plakaten weiß auf schwarz verkünden: „Sie können Deutschland verändern. Machen Sie Schluß mit der Großen Koalition.“

Zu verändern aber ist Deutschland, darin ist sich das FDP-Präsidium einig, nur bei einem Machtwechsel in Bonn — und das heißt: Regieren ohne CDU.

Willy Brandt und Helmut Schmidt bekundeten unlängst ihre Bereitschaft, zusammen mit der FDP zu regieren. Sie hatten den FDP-Bundesgeschäftsführer Hans Friderichs, der am 15. September als Staatssekretär ins Ministerium gehen will, seinen Entschluß noch einmal zu überprüfen, da eine SPD/FDP-Koalition jeden Mann in Bonn brauche, der diese Regierung stützen könne.

Scherzhaft verkündete Scheel nach seiner Bädertour am letzten Dienstag Parteifreunden bei Bier und Korn im Schleswiger „Hohenzollern“, wie diese Koalition am 28. September eine sichere Mehrheit bekommen kann: „Jeder FDP-Wähler müßte mit der Erst-



„Wohl etwas zuviel Profil, wie?“

Vorwärts

* Rechtes Bild: Mit Megaphon.

stimme den SPD-Kandidaten wählen und jeder SPD-Wähler seine Zweitstimme der FDP geben. Sie müssen mal nachrechnen, was dabei rauskommt.“

SPD und FDP hätten dann zusammen fast eine Zweidrittelmehrheit.

CDU

David vor dem Kampf

Wilhelm Daniels, 66, ehemaliger Oberbürgermeister von Bonn, beschwerte sich beim Schwaben-Kanzler über seine Landsleute: „Ich habe nichts gegen Sie, Herr Bundeskanzler. Ich bin CDU-Mann und will es bleiben. Aber was mich ärgert, ist der rheinische Klüngel.“

Kurt Georg Kiesinger hatte den aufgebrachtsten Parteifreund ins Palais Schaumburg befohlen, um ihm einen Plan auszulegen, der die Christenunion um ihren angestammten Wahlkreis 63 Bonn bringen kann: Der ergaute Lokal-Matador will gegen den offiziellen CDU-Kandidaten, den Bad Godesberger Anwalt Alo Hauser, 39, in den Bundestags-Wahlkampf ziehen.

Denn Daniels fühlt sich von seinen eigenen Parteifreunden verschaukelt. Noch Ende vergangenen Jahres hatte eine Allensbach-Umfrage dem Ex-OB einen Popularitätsvorsprung von 53 zu 22 Prozent vor seinem Kontrahenten Hauser bescheinigt. Doch die Delegierten der CDU-Kreise Bonn, Bad Godesberg und Duisdorf ließen sich von dem Punkte-Konto nicht beeindrucken. In einer Kampfabstimmung gaben sie im Januar dem älteren Anwalt mit 35 zu 25 Stimmen den Vorzug vor dem würdigen Stadt Vater. Die Unionschristen von Bad Godesberg und Duisdorf rächten sich so an Daniels, der ihren Lokalpatriotismus durch sein Eintreten für eine Zusammenfassung der drei Gemeinden zur Kommune Groß-Bonn verletzt hatte.



CDU-Rebell Daniels
„Was mich ärgert ...“

Die Niederlage gegen Alo Hauser blieb nicht der einzige Tott, den die Partei dem Bonner Ehrenbürger antat: Die rheinländischen CDU-Landesdelegierten setzten Daniels auf den aussichtslosen Platz 63 der nordrhein-westfälischen Landesliste. Daniels: „Das ist eine Beleidigung.“

Der verdiente Partei-Mann begehrte auf. Bestärkt von einer neuerlichen Popularitäts-Tabelle, die ihn auch nach seiner Niederlage gegen Hauser noch immer mit sechs Punkten in Führung sah, entschloß er sich, seinen Weg in den Bundestag auf eigene Faust zu machen.

Zunächst warb ein „Aktionskomitee Daniels in den Bundestag“ in den Bonner Lokalblättern: „Der Wille der Wähler und nicht der Parteiapparat soll darüber bestimmen, wer unser Abgeordneter wird.“ Und tags darauf schon zählte die Jura-Studentin und

CDU-Parteifreundin Maria-Theresia van Schewik in einem Organisationsbüro am Bonner Wichelshof 800 Sympathie-Erklärungen für den Partei-Rebellen. Maria-Theresias Bruder, Heinz-Helmich van Schewik, Mitarbeiter im Presseteam des Daniels-Gegners Alo Hauser, sah „das nicht mit großer Freude“.

Auch im Hause Daniels gab es Querelen. Sohn Hans Daniels, der im väterlichen Notariat arbeitet und als aussichtsreicher CDU-Landtagskandidat gilt, warf seinem Vater parteischädigendes Verhalten vor. Daniels junior: „Ich riet meinem Vater ab. Aber ob er folgt, weiß ich nicht, denn er folgt nicht allen meinen Ratschlägen, wie ich auch seinen nicht folge.“

Am schwersten traf der einsame Entschluß des Partei-Rebellen den CDU-Kandidaten Alo Hauser: „Es ist keine politisch-sachliche Rechtfertigung, nur deshalb zu kandidieren, weil man mit einer in einer demokratischen Wahl gefallenen Entscheidung unzufrieden ist.“

Hauser und die Bonner CDU-Funktionäre fürchten nämlich, durch den Bruderzwist den Bonner Wahlkreis an den SPD-Kandidaten Wilderich Freiherr Ostman von der Leye zu verlieren, obwohl die CDU bei den Bundestagswahlen 1965 mit 59 Prozent die SPD (29 Prozent) klar geschlagen hatte. Doch damals hatten die Christdemokraten nur einen Kandidaten: Konrad Adenauer.

Selbst Kanzler Kiesinger und CDU-Manager Bruno Heck gelang es nicht, Daniels von seiner Kandidatur abzubringen. Auch die Aussicht auf ein Parteiausschluß-Verfahren (Daniels: „Man kann mich natürlich auch so reizen, daß ich selbst austrete“) oder das im rheinischen Landesverband erwogene Tauschgeschäft, Daniels solle zugunsten einer neuen OB-Herrschaft über Groß-Bonn auf eine Kandidatur verzichten, beeindruckte den Störenfried nicht. Daniels: „Ich habe auf dem Höhepunkt das Fest verlassen. Soll ich mich jetzt in die neue Stadt hineinstürzen bei dieser Lage in der CDU? Ich wäre ja von Leuten umgeben, die mich wüst bekämpft haben.“

Am Freitag letzter Woche verkündete Daniels, daß sein Entschluß endgültig sei: „Ich bin bereit zu kandidieren.“ Zwar fühle er sich als Einzelgänger wie „David vor dem Kampf mit Goliath“, doch dafür sei er auch „wirtschaftlich wie politisch unabhängig“. Noch am selben Abend beschloß der Vorstand des Bonner CDU-Kreisverbandes einstimmig, ein Parteiausschluß-Verfahren gegen den Rebellen einzuleiten. Daniels kämpft inzwischen ums Prinzip: „Was ich will, ist, daß diese Herrschaft der Interessenverbände und Organisationen, ja sogar Cliquen sich in der Partei nicht durchsetzt.“

SPD-Kandidat Ostman sieht das anders: „Daniels hat ein gewisses Sendungsbewußtsein. Wenn man mal irgendwo Oberbürgermeister gewesen ist, denkt man, der Bundeskanzler hänge im hohen Alter noch dran.“

* Bei der Unterschriftensammlung auf dem Bonner Münsterplatz.



„... ist der rheinische Klüngel“: Aktionskomitee Daniels*